

## **Impulsreferat: Pfälzische Landeskirche NS-Zeit - Kirche und Politik** **Erich Schunk**

Bisher habe ich mich schwerpunktmäßig mit Landau beschäftigt und möchte von da aus – immerhin war Hans Stempel in der fraglichen Zeit Pfarrer in Landau – einige konzeptionelle Überlegungen anstellen.

Ich möchte einsteigen mit einem Blick auf die Forschungslage: Wenn ich recht sehe, ist die Erforschung der Geschichte des Pfälzischen Protestantismus in der Zeit des Dritten Reiches lange Zeit eigentümlich statisch und redundant geblieben. Über Jahrzehnte hinweg dominierten die Quellensammlungen von Richard Bergmann und einige wenige, teilweise autobiographische Arbeiten den historischen Rückblick. Bei diesen Darstellungen handelt es sich um Schilderungen von am Geschehen Beteiligten, und nur zu oft gewinnt man den Eindruck, dass die Autoren auch Jahrzehnte danach in ihrer Sichtweise noch immer sehr stark in die Konflikte der Vergangenheit verwickelt sind. Einen eigenen Akzent setzt Thomas Fandel in seiner konfessionsvergleichend angelegten kollektivbiographischen Untersuchung über das Verhältnis der pfälzischen Pfarrer zum Nationalsozialismus.

Wir haben somit zwar Kenntnis der vielfältigen und fast unüberschaubaren Verwicklungen, Streitereien, Koalitionen und Konfrontationen zwischen den verschiedenen Gruppierungen, DC, Nationalkirchler, Pfarrbruderschaft, Herxheimer Gruppe, Freunde der Union etc. Wir haben aber kein Gesamtbild im Sinne einer gesamt-pfälzischen kirchenpolitischen Topographie. Wir wissen zwar, dass es deutschchristliche Schwerpunkte im Raum Frankenthal/Ludwigshafen und Speyer gab, in Landau hingegen waren die Verhältnisse relativ homogen, die DC konnten kaum Fuß fassen, so dass Stempel 1942 als Erfolg verbuchen konnte, die Gemeinde sei nicht zerrissen. Wie sah es aber in der West- und Nordpfalz aus, wie im Raum Kaiserslautern, Neustadt, Pirmasens? Eine solche kirchenpolitische Topographie bietet die Möglichkeit, dass man das eigene Forschungsobjekt besser in die pfälzische Gesamtsituation einsortieren und so angemessener beurteilen kann. Ein kirchenpolitisch-topographischer Überblick relativiert den eigenen Untersuchungsgegenstand und profiliert ihn zugleich.

Der topographische Überblick sollte ergänzt werden mit einem chronologischen. Bisher versucht man sich im zeitlichen Ablauf meist mit einer Fixierung von bestimmten Ereignissen zurechtzufinden, meist bestimmte Entscheidungen oder Verhandlungen an detailliert fixierten Tagen. Eine Überfülle von Einzeldaten ist aber sehr desorientierend. Geeigneter wäre vielleicht eine Abfolge von Phasen, die man begrifflich sicher noch besser fassen kann als in folgendem Vorschlag:

- Zeit der Weimarer Republik, mit der sich die pfälzischen Protestanten arrangierten
- fehlgeschlagene Nazifizierung 1933/34
- Formierung der Pfarrbruderschaft, zugleich: Zerfaserung der Kirchenpolitik 1934/35
- partielle Kooperation (ab der Aufnahme Stempels in die Kirchenregierung) 1936-39
- Krieg
- Entnazifizierung und Restauration

Ich komme zu einem dritten Punkt: Thomas Fandel nennt als Ziel seiner Untersuchung: „das Verhältnis der beiden großen Kirchen in der Pfalz zum Nationalsozialismus zu behandeln“. Aber gibt es **den** Nationalsozialismus überhaupt? Die allgemeinhistorische Forschung geht mittlerweile davon aus, dass es sich hierbei um eine dynamische Bewegung mit polykratischen Machtstrukturen und einem charismatischen Führer, mit einem im politischen Alltag

flexibel handhabbaren Programm und zahlreichen Parteigliederungen handelte, die für viele zumindest partiell anschlussfähig waren.

Der Nationalsozialismus war kein eindimensionales totalitäres Phänomen. Und genauso wenig wie es **den** Nationalsozialismus gab, genauso wenig gab es **die** nationalsozialistische Kirchenpolitik. Es gab viele verschiedene Nationalsozialisten mit verschiedenen kirchen- oder religionspolitischen Konzeptionen und Vorstellungen: Hossenfelder, Müller, Krause, Jäger, Kerrl, rein völkisch gläubige Nationalsozialisten und noch andere mehr. Sie alle versuchten ihre jeweiligen Konzepte durchzusetzen, meist wenig erfolgreich.

Ebenso wenig wie es **die** nationalsozialistische Kirchenpolitik gab, gab es auch nicht **den** einheitlichen pfälzischen Protestantismus, der sich – wie auch immer einheitlich – dazu verhalten hätte. Sondern es herrschte eine Gemengelage verschiedenster Ansichten, Interessen und Vorgehensweisen: die ehemaligen Kirchenparteien Protestantenverein und Positive Vereinigung, die Deutschen Christen, Nationalkirchler, die Pfarrbruderschaft in einer kooperationsbereiten und einer fundamentaleren Spielart etc. Und deren kirchenpolitische Vorstellungen waren durchaus nicht immer konzeptionell klar, sondern oft pragmatisch, von Augenblickserwartungen, von z.T. falschen Hoffnungen bestimmt. Nach der fehlgeschlagenen Nazifizierung, also etwa ab 1934, haben wir es in der Pfalz mit einer fluiden Gemengelage und weniger mit einer deutlichen Pro- oder Contra-NS-Situation zu tun.

Das enthebt uns aber nicht, nach kirchlichen, politischen und kirchenpolitischen Vorstellungen zu fragen. Die bisherige Literatur hat dies, wenn ich recht sehe, zu wenig getan. Es ist manchmal schwierig, aber es ist machbar und die Suche lohnt. Und es ist manchmal höchst überraschend, welche gedanklichen Konstrukte zutage gefördert werden.

Ein Beispiel: Stempel begrüßte 1936 aus ganzem Herzen „die durch den Führer erfolgte Verkündigung der Ausdehnung der vollen Hoheit des Reiches“ auf die linksrheinischen Gebiete, die erneute Einrichtung einer Garnison in Landau und den „sehnlichst erwartete(n) Einmarsch der Wehrmacht“. Für ihn waren das „Höhepunkte nationalen und städtischen Erlebens, wie sie Landau seit Kriegsbeginn – die Frühjahrsfeiertage vom Jahre 1933 ausgenommen – kaum je gehabt hatte“. Der Vorsitzende der kirchlichen Opposition bejubelt den August 1914 und die „nationale Erhebung“ von 1933! Da ist Ambiguitätstoleranz gefragt, d.h. die Fähigkeit unterschiedliche und gegensätzliche Diskurse zu ertragen.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, sich auf die Suche nach dem klassischen liberalen Protestantismus der Pfalz zu begeben. Als Beispiel nenne ich Karl Kleinmann, den Landauer Dekan ab 1933. Er propagierte 1936 in einem Vortrag vor dem Evangelischen Bund in Heidelberg seine Vorstellungen eines möglichen Wegs „von der Unionskirche zur Reichskirche“. Hierbei distanzierte er sich von allen Varianten eines zugespitzten evangelischen Konfessionalismus, auch vom „polizeiliche(n) Zwang“ im Preußen des 19. Jahrhunderts und erklärte die südwestdeutschen Unionskirchen zu Vorbildern, allen voran die pfälzische: „Hier, wenn irgendwo ist die Union wirklich Volkssache gewesen.“ Indem er auf die historische Bedeutung der Aufklärung für die Unionskirche verwies und als ihre entscheidende Grundlage das „Bekenntnis zur Heiligen Schrift“ anführte, widersprach er antimodernistischen, antiwestlichen und bekenntnisfixierten Positionen verschiedenster Couleur, die den Schlachtenlärm des aktuellen „Kirchenkampfs“ bestimmten.

Wichtig wäre desweiteren, auch herauszufinden, wie das Verhältnis zwischen Kirchenleuten und den Nationalsozialisten vor Ort war: konfrontativ, von gegenseitiger Nichtbeachtung, kooperativ? Eher kooperativ war es im Falle Landau, wo sich Kreisleiter Kleemann 1933 für

Stempel als Seminardirektor einsetzte und wenige Monate, bevor er 1937 aus der Kirche austrat, noch sein jüngstes Kind taufen ließ.

In diesem Zusammenhang stellt sich die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Politik bzw. Gesellschaft. Mit den Worten der 68er-Bewegung: Hatten die Kirchen ein allgemeinpolitisches Mandat oder nur ein kirchenpolitisches? In der Zeit des Dritten Reiches wurden m.E. durchaus unterschiedliche Meinungen vertreten. Adolf Risch beispielsweise meinte, man solle Politik und Parteien vor der Kirchentüre lassen. Hans Stempel dagegen ließ sich mehrfach als Redner für politische Feierlichkeiten gewinnen und äußerte sich auch später vor allem im Hinblick auf das deutsche Soldatentum durchaus im Sinne des Regimes. Auf jeden Fall aber sollte man eine Beurteilung dieser Frage nicht an heutigen Kriterien messen, sondern wenn irgend möglich an zeitgenössischen.

Ein besonderes Problem stellt die Nicht-Thematisierung der sogenannten „Judenfrage“, d.h. der Verfolgung und Vernichtung der Juden dar. Prototypisch, wie man noch nach dem Krieg damit umging, ist die Beschreibung Schallers, wie er in Landau eine „schöne Privat-Wohnung“ bezieht. „Das Haus hatte vorher dem Juden Einsheimer gehört. Ich hatte ihn noch besucht... Als er noch rechtzeitig emigrierte, kaufte die Fa. Frühmesser ... für einen schäbigen Preis das Haus! Da wohnten wir dann...“ Ein anderes Beispiel ist die Augenzeugenschaft H. Wilhelmys bei der Ermordung der Juden in Berditschew. Und so wie Wilhelmy als Zuschauer integraler Teil des sozialen Raumes war, den alle bei den Erschießungen Anwesenden bildeten, könnte man vielleicht auch die Zuschauerrolle der Protestanten bei der Verfolgung der Juden in der Pfalz thematisieren.

Man sollte abschließend, wenn möglich, einen Blick werfen auf die Vorgänge und Äußerungen nach Kriegsende, insbesondere im Rahmen der Entnazifizierung. Nur wenige Menschen können ihre Grundannahmen radikal in kurzer Zeit wandeln. So ergeben sich in der Rückschau manchmal vertiefende Einsichten in politische bzw. kirchenpolitische Ansichten.

Als Beispiel führe ich wieder Hans Stempel an: 1945 lehnte er es ab, in eine „sogenannte Denazifizierungskommission zu gehen, als er darum gebeten wurde“. Seine Begründung: „Diese rein politische Funktion kann und darf nicht Aufgabe des Pfarrers sein.“ Weigerte er sich so einerseits, mit dem moralischen Gewicht eines Kirchenvertreters bei der Überprüfung ehemaliger Nationalsozialisten die Alliierten in ihrem Bemühen um einen Neuanfang zu unterstützen, so hatte er andererseits keine Bedenken, sich um die wegen ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit Inhaftierten zu kümmern: „Sehr viel Zeit und Kraft, oft ununterbrochen Tag um Tag, nahm die Sorge um die politischen Gefangenen in Anspruch.“ Offenbar legte Stempel zweierlei Maß an: Während die Mitwirkung an der Entnazifizierung für ihn eine unzulässige politische Aufgabe war, deklarierte er die Sorge um die im Landauer Internierungslager einsitzenden politisch Belasteten als pastoralkonforme Tätigkeit. Aus der lokalen Betreuung politischer Gefangener erwuchs in den folgenden Jahren und Jahrzehnten ein umfangreiches Engagement als Beauftragter der EKD vor allem für die in Frankreich einsitzenden „Kriegsverurteilten“, wie die deutschen Kriegsverbrecher zu dieser Zeit schöpfungsbereichlich genannt wurden. In diesem Aktionsfeld trat Stempel auch in Kontakt zu verschiedenen karitativen und juristischen „Hilfswerken“ für ehemalige Nazis.

Man hat den Eindruck, dass Stempel in einer Zeit, in der das Verhältnis Kirche – Politik auf eine neue, freiheitliche Grundlage gestellt wurde, noch immer an die Schatten der Vergangenheit gefesselt war.